

Ausblick auf die Session in Bern

Am kommenden Montag beginnt in Bern die erste Session des Jahres für National- und Ständerat. Sechs Luzerner Parlamentarierinnen und Parlamentarier blicken an dieser Stelle auf Themen und Geschäfte, die ihnen in den nächsten drei Wochen besonders wichtig sind. Natürlich wird der **Krieg in der Ukraine** thematisiert. Zu bereden und entscheiden gibt es viel. Behandelt wird unter anderem

auch eine Motion der SVP, die verhindern will, dass die Schweiz für den **Sicherheitsrat der UNO** kandidiert. Weiter entscheidet der Nationalrat über die **Gletscher-Initiative**, die bis im Jahr 2050 Netto-Null an Treibhausgasen fordert, der Ständerat wiederum beschäftigt sich mit der **Massentierhaltungs-Initiative**, die ebene Tierhaltung verbieten will. (dlw)

Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin Die Mitte

Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat

Der UNO-Sicherheitsrat besitzt die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Er besteht aus fünf permanenten Mitgliedern (Russland, China, USA, England und Frankreich) und zehn nicht-ständigen, die für zwei Jahre gewählt werden. Bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen kann er, nach Erschöpfung anderer Massnahmen zur friedlichen Streitbeilegung, Sanktionen verhängen oder als «ultima ratio» militärische Durchsetzungsmassnahmen autorisieren. Dies ist seit Bestehen des Sicherheitsrats (seit 1946) in drei Fällen

geschehen: im Koreakrieg 1950–1953, im ersten Golfkrieg 1990–1991 und in Libyen 2011.

Den Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat unterstütze ich. Warum? Gerade in einer von Krisen und Konflikten unbekanntem Ausmasses geprägten Zeit kann unser neutrales Land – ohne die Neutralität aufzugeben – seine Vermittlerrolle so stärken. Die neutrale Schweiz wird weltweit als unabhängige und glaubwürdige Stimme wahrgenommen. Unsere guten Dienste können wir als Mitglied im UNO-Sicherheitsrat direkt anbieten und einbringen. Im engen Austausch mit den Grossmächten ist die Mög-

lichkeit, im Sicherheitsrat etwas zu bewegen viel grösser als nur als UNO-Mitglied. Zudem können wir während der Zeit unserer Präsidentschaft eigenes Agenda-Setting betreiben.

Das oberste Ziel des UNO-Sicherheitsrates besteht darin, den Weltfrieden zu sichern. Dazu können, müssen und wollen wir einen Beitrag leisten.



Yvette Estermann, Nationalrätin SVP

Nur das Beste für unser Land!

Die Frühjahrsession wird interessant. So auch die Motion mit dem Titel: «Gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen. Investitionen in chinesische Unternehmen ermöglichen (Reziprozität)», welche ich in der aussenpolitischen Kommission vertrat und dagegen stimmte.

Bereits heute ist es Schweizer Unternehmen möglich, in China zu investieren. Es ist klar, dass jedes Land bestimmte Bereiche der Wirtschaft schützt, die es als wichtig erachtet. Wir sind auch nicht daran interessiert, dass Investoren aus dem Ausland eine Übernahme in

einem für uns schützenswerten Bereich tätigen.

Für mich ist wichtig, dass wir die Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens mit China (und auch mit anderen Ländern) als Chance sehen und uns eine gute Ausgangslage in den Verhandlungen sichern. Dieses Ziel sollten wir nicht im Voraus behindern. So ist der Bundesrat frei und kann das Beste für unser Land aushandeln.

Wir sollten auch aufhören, Parteipolitik in die Aussenpolitik zu bringen. Weil einige Länder und ihre Regierungen gewissen Parteien nicht passen, ist das kein Grund, die Schwei-

zer Wirtschaft dafür zu bestrafen. Wie Sport, Kultur und Tourismus, sollen auch die wirtschaftlichen Interessen die verschiedenen Länder und Völker miteinander verbinden. Und nicht durch Parteipolitik eine erfolgreiche Zusammenarbeit und ein friedliches Miteinander verhindern!



Peter Schilliger, Nationalrat FDP

Innovation bei Klima und Landwirtschaft tut Not

Mit der Gletscher-Initiative und dem Gentechnikgesetz werden zwei Zukunftsprojekte beraten. Erst auf den zweiten Blick stellt man fest, dass die beiden Vorlagen viel Gemeinsames haben. Wollen wir die Klimabelastung durch fossile Energieträger wesentlich entlasten, braucht es Innovation und technischen Fortschritt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei unserer Gemüse- und Getreideproduktion: Wollen wir mit einer hohen Eigenproduktion und mit möglichst wenig Pflanzenschutzmitteln die einheimische Bevölkerung versorgen, braucht es Forschung und Innovation. Beide Bereiche lei-

den jedoch am politischen Widerstand!

Klimapolitisch Netto-Null bis 2050 unterstütze ich als strategischen Weg. Den engformulierten, technologisch einschränkenden Initiativtext lehne ich jedoch klar ab. Was für mich wichtiger wäre, sind Lösungen im Umgang mit Einsparungen bei erneuerbaren Energiequellen wie Wasser und Wind und eine technologische Offenheit, in welcher auch eine weiter entwickelte Kernenergie als langfristige Option verfolgt wird.

Das seit 2005 geltende Gentechnik-Moratorium wurde bereits drei Mal verlängert und läuft

Ende 2025 aus. Die FDP war immer gegen diese technologische Einschränkung und ist nun erfreut, dass immerhin eine kleine Aufweichung in Sicht ist. Produzenten und Bauernverband haben erkannt, dass die von der Wissenschaft entwickelte Genomeditierung (wie CRISPR) als Chance genutzt werden soll.



Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP

Abhängigkeit von Erdöl und Gas ist gefährlich

Der Nationalrat hat mit der Volksinitiative für ein gesundes Klima – «Gletscher-Initiative» – eine weitere Chance, beim Klimaschutz vorwärtszumachen. Wenn es nicht gelingt, die Klimaerwärmung zu stoppen, verschlechtern sich unsere Lebensgrundlagen nachhaltig, das Schwinden der Gletscher ist ein Weckruf!

Die Initiative liefert die Grundlage, um aus den fossilen Energien auszusteigen und eine Netto-Null-Gesellschaft anzustreben. Die Umsetzung mit dem Umsteigen auf erneuerbare Energien ist nicht nur aus Klimaschutzgründen eine Notwendigkeit. Die Abhängigkeit

von Erdöl und Gas ist gefährlich und macht viele Staaten verletzlich, wie der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine deutlich vor Augen führt.

Die Schweiz als wichtigster Rohstoffhandelsplatz und bedeutende Finanzdrehscheibe für russische Konzerne und Oligarchen hat eine besondere Verantwortung. Die SP fordert die vollumfängliche Übernahme von harten Sanktionen gegen Russland. Dazu wird sich der Nationalrat Anfang der Frühlingssession in einer Erklärung äussern.

In der Pflicht sind aber auch die Finanzinstitute bei der Annahme von Kundengeldern. Die

Suisse-Secrets-Enthüllungen um zweifelhafte Gelder zeigen, dass noch Handlungsbedarf besteht und die Finanzmarktaufsicht scharfe Instrumente für fehlbare Banken braucht. Dazu berät der Nationalrat am Dienstag einen Vorstoss, der höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht nehmen will.



Roland Fischer, Nationalrat GLP

Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die Schweiz

Die Frühjahrsession wird überschattet vom Krieg in Osteuropa. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine stellt die seit dem Zweiten Weltkrieg massivste Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Integrität eines unabhängigen europäischen Staates dar. Die beispiellose Aggression gegenüber einem Nachbarstaat ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Der Angriffskrieg Russlands bedroht nicht nur die Souveränität der Ukraine, sondern Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Russland verstösst eindeutig gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen. Es ist deshalb auch

für neutrale Staaten wie die Schweiz wichtig, sich klar zu positionieren. Wir Grünliberale fordern deshalb, dass die Schweiz die von der EU beschlossenen Sanktionen vollständig übernimmt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die Ukraine – wie andere osteuropäischen Staaten – zu einem unabhängigen, demokratischen Staat entwickelt. Mit dem Budapest Memorandum hat sich 1994 Russland verpflichtet, die Souveränität und die Grenzen der Ukraine zu achten, dies als Gegenleistung für den Verzicht auf die Atomwaffen.

Mit der Invasion der Ukraine bricht Putin, einmal mehr, Russlands Versprechen. Der Angriff auf die Souveränität der Ukraine stellt das Fundament der freiheitlichen Ordnung in Europa in Frage. Dies wird zweifellos auch Folgen für die Sicherheitspolitik der Schweiz haben.



Leo Müller, Nationalrat Die Mitte

Ukraine wird Parlament beschäftigen

Das Parlament wird am Rand und während der Debatten intensiv über die tragische Situation in der Ukraine diskutieren. Was die ordentlichen Traktanden betrifft, picke ich drei heraus: die Gletscher-Initiative, das Gentechnik-Moratorium und das Versicherungsaufsichtsgesetz.

Die Gletscher-Initiative verlangt, dass bis 2050 keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Verkehr gebracht werden dürfen. Dies geht zu weit, weshalb der Bundesrat einen direkten Gegenvorschlag unterbreitet hat. Damit soll insbesondere auf Berg- und Randgebiete Rücksicht genommen werden. Die vorbereitende Kommission sieht nun eine

dritte Variante mit einer direkten Regelung auf Gesetzesstufe vor, wonach eine noch differenziertere Lösung vorgeschlagen wird.

Nochmals über die Bücher geht der Nationalrat bei der Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums. In einem ersten Umgang hat er beschlossen, das Moratorium um vier Jahre zu verlängern. Jetzt zeichnet sich ab, dass der Bundesrat zusätzlich beauftragt wird, bis 2024 einen Gesetzesvorschlag für eine risikobasierte Zulassung neuer Züchtungstechnologien vorzuschlagen.

Und zu guter Letzt: Der Nationalrat wird das Versicherungsaufsichtsgesetz beraten. Dort geht es neben anderen zu berei-

nigenden Punkten um die Grundsatzfrage, ob die Ombudsstelle im Gesetz geregelt werden soll oder ob weiterhin eine Branchenlösung möglich sein soll. Als Vertreter einer Partei, in der die Subsidiarität ein wichtiger Grundsatz ist, d.h. dass der Staat erst etwas regeln soll, wenn die Freiwilligkeit nicht funktioniert, befürworte ich die heutige Branchenlösung und einen Verzicht auf eine staatliche Lösung.

